

§ 158. Polens Erhebung. In Warschau brach am 29. Nov. 1830 ein Aufstand aus, der sich schnell so weit verbreitete, daß der Statthalter Großfürst Constantin, Bruder des Kaisers Nicolaus (1825—55), das Land verlassen mußte. Allein die Hoffnungen auf Frankreichs Beistand bewiesen sich als nichtig, und zwischen der aristokratischen und demokratischen Partei traten Zwistigkeiten ein. Diebitsch, der ein großes russisches Heer heranzuführte, konnte nach der hartnäckigen Schlacht bei Grochow (Febr. 1831) nicht auf Warschau vorgehn; wenige Tage nach dem Sieg bei Ostrolenka (Mai 1831) starb er an der damals zuerst auftretenden Cholera. Als sein Nachfolger Paskewitsch über die Weichsel gieng, erhob sich in Warschau das Volk gegen die der Verrätere verdächtige Regierung. Nach heldenmüthigem Kampf bei Wola kapitulirte Warschau (8. Sept.). Der Rest des polnischen Heeres trat nach Preußen über und wurde entwaffnet. Polen verlor die von Alexander I verliehene Verfassung und wurde als russische Provinz von Paskewitsch mit Strenge regiert.

§ 159. Deutschland. Die durch die Freiheitskriege entzündete nationale Begeisterung wurde niedergehalten durch die Befestigung der Souveränität in den Einzelstaaten (Verschiedenartigkeit der Gesetze und Verkehrs-Einrichtungen) und durch die vom Bunde oft gehemmte Entwicklung der in der Bundesakte verheißenen 'landständischen Verfassungen' (in Sachsen-Weimar 1816, in Baiern und Baden 1818, in Württemberg 1819 Repräsentativ-Verfassungen, in Preußen 1823 Provinzialstände).

Das Wartburgfest 1817 und die Ermordung des russischen Staatsrats Kotzebue durch den Studenten Sand veranlaßten die unter Metternichs Einfluß gefaßten Karlsbader Beschlüsse 1819, welche Censur der Druckschriften, Ueberwachung der Universitäten und die Einsetzung einer Untersuchungs-Commission für demagogische Umtriebe anordneten.

Bewegungen in Folge der Julirevolution führten zur Ertheilung von Repräsentativ-Verfassungen in Sachsen, Braunschweig, Kurhessen, Hannover. Republikanische Kundgebungen in Baden und der Rheinpalz (Hambacher Fest 1832 bei Neustadt a. d. Hardt) veranlaßten Bundestagsbeschlüsse gegen politische Vereine und Versammlungen, zu deren Verschärfung der Aufruhr junger Leute in Frankfurt a. M. 1833 führte (Wiener Conferenzbeschlüsse 1834).

Von Preußen gieng 1817 die Union der lutherischen und reformirten Kirche, 1819 der Zollverein aus, dem bis 1836 die deutschen Staaten außer Oestreich beitraten: der Anfang einer festeren Einigung Deutschlands auf Grund der materiellen Interessen. Friedrich Wilhelm IV (seit 1840) machte 1847 durch Berufung des vereinigten Landtags einen Versuch, sich mit dem Verlangen des Volks nach einer Repräsentativ-Verfassung abzufinden.